



## Konferenz der Landesbeauftragten

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur

19. Oktober 2018

### PRESSEMITTEILUNG

#### Die soziale Lage ehemals politisch Verfolgter verbessern

Die Konferenz der Landesbeauftragten begrüßt die heutige einstimmig gefasste EntschlieÙung des Bundesrates, mit der die Bundesregierung gebeten wird, zu prüfen, wie bestehende Gerechtigkeitslücken der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze (SED-UnBerG) geschlossen werden können.

Prüfungs- und Handlungsbedarf sieht der Bundesrat in acht Punkten, die alle dazu geeignet sind, die soziale Lage unterschiedlicher Gruppen in der SBZ/DDR politisch Verfolgter zu verbessern. Angestrebt wird, den berechtigten Personenkreis für Unterstützungsleistungen zu erweitern und den Zugang zu diesen Leistungen zu erleichtern. Der Bundesrat sieht Gerechtigkeitslücken bei der Unterstützung von anerkannten Opfern von Zersetzungsmalnahmen, von rehabilitierten verfolgten Schülern, von beruflich Rehabilitierten, von Haftopfern, die weniger als 180 Tage rechtsstaatswidrige Haft verbüÙten und bei der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden.

Die Landesbeauftragten stellen im Rahmen ihrer Bürgerberatungen seit vielen Jahren fest, dass die Folgen der politischen Repression in den meisten Fällen unmittelbar schwer und unzumutbar fort wirken. Ehemals politisch Verfolgte verfügen deshalb meistens über ein geringes Einkommen aus Arbeit oder Rente, leiden zunehmend unter gesundheitlichen Verfolgungsschäden, ihre Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben sind deshalb reduziert, was zusätzlich zu geringerer Integration im Vergleich zur Normalbevölkerung führt.

Die Landesbeauftragten wünschen, dass die Bundesregierung die Empfehlungen des Bundesrates gründlich prüft und sich bei ihrer Entscheidung davon leiten lässt, dass denjenigen, die in der SBZ/DDR für Freiheit und Demokratie eintraten oder durch diktatorische Willkür zu Schaden kamen, ein würdiges Altern ermöglicht wird. So wie die Einführung der besonderen Zuwendung 2007 die materiellen Verhältnisse der meisten strafrechtlich Rehabilitierten verbesserte, bedarf es einer analogen Anstrengung für die im EntschlieÙungsantrag benannten Opfergruppen.

*Tom Sello*, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

*Dr. Maria Nooke*, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

*Anne Drescher*, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

*Lutz Rathenow*, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

*Birgit Neumann-Becker*, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

*Christian Dietrich*, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur